

Antifeministen kämpfen weiter

BERN sda. Der Streit um die Bekanntmachung von Frauenhäusern geht in die nächste Runde: Der Verein Antifeminismus legt gegen eine superprovisorische Verfügung gegen den Webseiten-Eintrag der IG Antifeminismus (Igaf) Beschwerde ein. «Wir werden nächste Woche eine Eingabe machen», sagte Urs Bleiker, Präsident des Vereins, gestern. Es sei allerdings nicht das Ziel, erneut dazu aufzurufen, die Standorte der Frauenhäuser bekannt zu machen. Vielmehr gehe es ihm um das Verbot zum Datensammeln, das mit der superprovisorischen Verfügung erwirkt worden sei, erklärte er. Die Igaf hatte in der vergangenen Woche auf ihrer Webseite einen Aufruf lanciert, Adressen von Frauenhäusern publik zu machen. Darauf rief die Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtensteins die Justiz an und erwirkte eine superprovisorische Massnahme.

Zuvor hatte bereits das Frauenhaus Luzern eine superprovisorische Massnahme mit gleicher Richtung erreicht. Die Dachorganisation der Frauenhäuser wollte den Aufruf zur Veröffentlichung der Frauenhaus-Adressen wie auch die Bekanntgabe der Standorte verbieten lassen. Den umstrittenen Aufruf, Adressen von Frauenhäusern zu melden, nahm die Igaf in der Folge vom Netz.